

**Medienspiegel zur Medienmitteilung der Regio Basiliensis vom Donnerstag, 27. Mai 2021: «Die Regio Basiliensis sieht im Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen einen Tiefpunkt in der Europapolitik und fordert Perspektiven für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schweiz und insbesondere die Grenzregion Nordwestschweiz»**

**Print**

# Badische Zeitung

· Freitag, 28. Mai 2021

## Ein Affront mit gravierenden Folgen

Politik, Kammern und Organisation reagieren dies- wie jenseits der Grenze konsterniert auf die Schweizer Absage an die EU

Von Michael Baas

**BASEL / KREIS LÖRRACH.** Die Schweiz steigt – wie zuletzt von vielen erwartet – aus. Wie am Donnerstag berichtet, lehnt die Schweizer Bundesregierung das seit 2014 verhandelte institutionelle Rahmenabkommen mit der Europäischen Union ab. In der Region Basel sorgt das dies- wie jenseits der Grenze für Enttäuschung und Sorge, drohen doch Kollateralschäden für die Wirtschaft, die Forschung und weitere Bereiche. Das betonten die Basler Regierung, die Regio Basiliensis, Handelskammern sowie regionale Bundestagsabgeordnete wie Gerhard Zickenheiner (Grüne) und Felix Schreiner (CDU).

Der Tenor auf den Abbruch der Verhandlungen ist eindeutig. Der Basler Regierungspräsident Beat Jans wertet die Entscheidung der Schweizer Regierung als „Affront“ wie er in einer Reaktion gegenüber der Nachrichtenagentur sda formulierte. Die Regio Basiliensis, die die „kleine Außenpolitik“ der nordwestschweizer Kantone koordiniert, schreibt von einem „Tiefpunkt in der Europapolitik“. Die regionalen südbadischen Bundestagsabgeordneten Gerhard Zickenheiner (Grüne) und Felix Schreiner (CDU) sprechen unabhängig von einander von „verpassten

Chancen“ (Schreiner) und der Gefahr „gravierender Folgen“ (Zickenheiner).

Diese fürchten alle regionalen Beobachter zu allererst im Wirtschaftsleben. Der EU-Binnenmarkt sei für die Schweiz „essenziell“, nicht zuletzt für die Region Basel, schreibt die Handelskammer beider Basel (HKBB). Ein Viertel aller Schweizer Exporte in die EU stamme aus den Basler Kantonen. In Baselland hänge jeder zweite Arbeitsplatz am Export in die EU. Perspektivisch treffe diese De-facto-Abkehr von den bilateralen Verträgen mit der EU vor allem Export-Firmen hart. Dazu gehören auch die großen Pharmakonzerne, -zulieferer und die gesamte Life-Science-Branche. Der Handel mit EU-Staaten wird für sie nun voraussichtlich teurer, der Standort Schweiz mithin unattraktiver.

Betroffen sind auch andere Bereiche. So werden für die Schweiz wichtige Abkommen im Bereich Strom oder Gesundheit laut HKBB schwieriger. Auch die Universität Basel und andere Hochschulen sind Leidtragende. Sie drohen die Anbindung an das EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und das Austauschprogramm „Ersamus+“ zu verlieren. Faktisch bestehe die Gefahr, dass sich der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz in Europa isoliere, befindet die Regio Basiliensis. Auch im politischen Raum reagieren die Vertreter der

Region konsterniert. Es sei „besorgniserregend“, wie „leichtfertig“ die Schweizer Bundesregierung die Interessen der Grenzregionen übergehe und die gute Nachbarschaft mit EU-Ländern aufs Spiel setze, kritisiert der sozialdemokratische Basler Regierungspräsident Beat Jans. Basel-Stadt werde alles unternehmen, den politischen Schaden in der Region zu begrenzen.

*„Das einseitige Aus der Verhandlungen durch die Schweiz trifft Grenzregionen besonders hart.“*

Felix Schreiner, CDU

Gerhard Zickenheiner (Grüne) fürchtet mittelfristig gleichwohl einschneidende Folgen, auch weil seiner Einschätzung nach vor allem kleine und mittelständische Schweizer Unternehmen die Zeche zu bezahlen haben. Das aber werde sich auf den Arbeitsmarkt in Südbaden und die rund 61000 Grenzgänger auswirken, mutmaßt der Abgeordnete. Der Vorsitzende der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe im Bundestag, der Waldshuter CDU-Politiker Felix Schreiner, hegt ähnliche Befürchtungen: „Das

einseitige Aus der Verhandlungen durch die Schweiz trifft die Grenzregionen besonders hart“, schreibt er. Für Baden-Württemberg sei die Schweiz mit einem Handelsvolumen von mehr als 30 Milliarden Euro wichtigster Handelspartner. Besonders kleine und mittlere Unternehmen seien betroffen. Schreiner erwartet nun „eine harte Belastungsprobe zwischen der EU und der Schweiz“.

Um zu retten, was zu retten ist, pochen alle Organisationen und Abgeordneten darauf, die mühsam erreichten Liberalisierungsschritte nicht rückgängig zu machen, wie die Handelskammer Deutschland-Schweiz fordert. Der bilaterale Weg habe sich für die Schweiz bewährt, betont auch die HKBB. Nun brauche es geeignete Schritte, die die „Exportbranche gezielt stärken“. Die Regio Basiliensis appelliert an die Schweizer Regierung, den Dialog mit der EU über die weitere Zusammenarbeit zwingend aufzunehmen. Ein neues Verhandlungsmandat seitens Letzterer sieht Gerhard Zickenheiner aber nicht so schnell. Alle 27 EU-Mitglieder da auf eine Linie zu bekommen, werde Jahre dauern, vermutet er. Daher komme es jetzt auf die Kooperation der regionalen politischen Kräfte an, um den Schaden klein zu halten. Beat Jans hegt indes noch eine andere Hoffnung: Die Kantonsregierung erwarte, dass das nationale Parlament die Entscheidung korrigiere, sagt er.

Online

# Die Oberbadische

Donnerstag, 27. Mai 2021, von Michael Werndorff

## Bei zentralen Punkten uneins



Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU ist nach jahrelangen Verhandlungen nicht zustande gekommen. *Foto: Archiv*

Basel - Der Schweizer Bundesrat hat am Mittwoch die Verhandlungen mit der EU um ein Rahmenabkommen abgebrochen. Die Handelskammer beider Basel erklärt, dass nun der bilaterale Weg auf dem Spiel stehe und Exportfirmen besonders hart getroffen würden.

Der Abbruch kam nicht überraschend. Schon lange war Sand im Getriebe, und ein positiver Ausgang der langwierigen Verhandlungen zwischen Bern und Brüssel wurde zuletzt nicht mehr erwartet. Außenminister Ignazio Cassis (FDP) begründete den Abbruch in einer Pressekonferenz mit „substanziellen Differenzen“ in zentralen Punkten des Abkommens. Laut Cassis hat die Schweiz in den Verhandlungen „wichtige Konzessionen gemacht“. Es gehe aber letztlich darum, die wesentlichen Interessen der Schweiz zu verteidigen.

Wozu ein Rahmenabkommen? Damit sollten die Marktzugangsabkommen zwischen der Schweiz und der EU einen institutionellen Rahmen erhalten und automatische Aktualisierungen geregelt sowie mögliche Streitigkeiten geschlichtet werden. Der Rahmenvertrag hätte die Abkommen zur Personenfreizügigkeit, zu Luft- und Landverkehr,

zum Agrarhandel sowie zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse betroffen. Auf diesen Feldern sollte die Schweiz zukünftig „dynamisch“ EU-Recht übernehmen.

Die Schweiz sah aber neue Vorschriften, die Gewerkschaften, Staatsrechtler und die rechte Partei SVP nicht akzeptieren wollten. Dabei ging es unter anderem um Regeln über Staatshilfen, Maßnahmen zum Schutz der hohen Schweizer Löhne und den Zugang von EU-Bürgern zu Schweizer Sozialkassen. Die EU sei in vielen Teilbereichen des Vertragswerkes auf die Schweiz eingegangen, erklärt Grünen-Bundestagsabgeordneter Gerhard Zickenheiner.

### **Sorge vor Verlust der Souveränität**

„Trotzdem führte das Mehrheitsverhältnis von Mitte-Rechts im Bundesrat nun dazu, dass aus Sorge um den Verlust von Souveränität und insbesondere der Furcht vor Unterwanderung des hohen Lohnschutzniveaus durch Firmen aus dem europäischen Umfeld die Verhandlungen abgebrochen wurden.“ Die EU-Verhandler signalisierten laut Zickenheiner bis zuletzt, dass sie nicht diejenigen sein werden, die vom Verhandlungstisch aufstehen.

Zickenheiner sieht mittelfristig gravierende Folgen für die Grenzregion, aber auch für den europäischen Stromhandel und den europäischen Forschungsstandort. „Bestehende Verträge zwischen der EU und der Schweiz werden zwar beibehalten, verlieren aber schon jetzt an Wert, weil sie nicht mehr den Rahmenbedingungen der EU entsprechen. Damit wird der Im- und Export zwischen der EU und der Schweiz sukzessive schwieriger, Lieferketten werden unterbrochen, und vor allem werden die Schweizer klein- und mittelständischen Unternehmen die Zeche bezahlen.“ Das werde sich auch auf den Arbeitsmarkt in den deutschen Grenzregionen mit fast 61 000 Pendlerarbeitsplätzen in der Schweiz auswirken, ist der Politiker überzeugt. „Darüber hinaus wird die Schweiz nicht mehr vollumfänglich am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe beteiligt werden.“

### **Bundesrat soll Exportbranche stärken**

Die Handelskammer beider Basel (HKBB) erklärt in einer Stellungnahme, dass der EU-Binnenmarkt für die Schweizer Wirtschaft essenziell sei. „Der Handel mit der EU macht über die Hälfte unseres gesamten Außenhandels aus. Die Region Basel spielt dabei eine zentrale Rolle“, erklärt HKBB-Direktor Martin Dätwyler. Ein Viertel aller Schweizer Exporte in die EU stamme aus den beiden Basel. Der Kanton Basel-Landschaft verdanke jeden zweiten Arbeitsplatz dem Export in die EU. Für die Hochschulen sei die Vernetzung in Europa und die Anbindung ans EU-Forschungsprogramm unverzichtbar. Der bilaterale Weg habe sich für die Schweiz bewährt und genieße in der Bevölkerung eine große Unterstützung, heißt es weiter.

„Ohne Rahmenabkommen droht die Gefahr, dass bestehende Abkommen nicht erneuert werden. Damit verlieren Schweizer Unternehmen nicht nur den reibungslosen Zugang zum EU-Binnenmarkt, auch neue, für die Schweiz unverzichtbare Abkommen im Bereich Strom oder Gesundheit werden schwieriger. Die Handelskammer beider Basel fordert, dass der Bundesrat nun schnell aufzeigt, wie die Schweiz den bilateralen Weg ohne Rahmenabkommen weiterführen kann.“

„Für die Region Basel am dringendsten sind der Abschluss eines Stromabkommens, eine Anpassung des Abkommens über die technischen Handelshemmnisse sowie die Vollasoziiierung im Forschungsabkommen Horizon Europe“, erklärt der HKBB-Direktor. Eine Erosion des bilateralen Wegs treffe insbesondere die Export-Firmen hart. Der Handel mit den EU-Staaten werde nun voraussichtlich teurer werden. „Wir fordern deshalb vom Bundesrat, dass er jetzt mit geeigneten Maßnahmen die Exportbranche gezielt stärkt.“

### **Tiefpunkt in der Europapolitik**

Von einem Tiefpunkt in der Europapolitik spricht der Verein Regio Basiliensis. Es bestehe die Gefahr, dass der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz auf dem Europäischen Kontinent isoliert werde. Entsprechend brauche es einen zukunftsfähigen und verlässlichen bilateralen Weg und Alternativen zum Rahmenabkommen.

Ein neues Verhandlungsmandat sieht Zickenheiner nicht so schnell kommen. Alleine ein Verhandlungsmandat von allen EU-Mitgliedern zu erhalten, könnte Jahre dauern. Daran dürften sich wiederum mehrere Jahre der Verhandlungen anschließen. „Es kommt jetzt auf die Kooperation der in den Grenzregionen wirkenden politischen Kräfte an, den Schaden klein zu halten und auf regionaler Ebene möglichst bilaterale Lösungen zu entwickeln.“

Donnerstag, 27. Mai 2021

# Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen - Tiefpunkt in der Europa-Politik

**Regio Basiliensis fordert Perspektiven für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schweiz und insbesondere die Grenzregion Nordwestschweiz**



Kathrin Amacker – Präsidentin Regio Basiliensis. Bild: Regio Basiliensis

Die Regio Basiliensis sieht im Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen einen Tiefpunkt in der Europapolitik und fordert Perspektiven für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schweiz und insbesondere die Grenzregion Nordwestschweiz

Der Bundesrat löst mit seinem Nein zum Rahmenabkommen Irritationen und Unverständnis aus und gefährdet den Wohlstand in der Schweiz. Mit dem Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen ist die Sicherung der bilateralen Beziehungen stark gefährdet und Perspektiven für deren Weiterentwicklung nicht erkennbar. Die Regio Basiliensis fordert vom Bundesrat, den politischen Dialog über die weitere Zusammenarbeit zwingend aufzunehmen.

Mit den bilateralen Vereinbarungen regelt die Schweiz in wichtigen Bereichen ihr Verhältnis zur Europäischen Union. Gefestigte Beziehungen zum wichtigsten Partner sind für die Schweiz von besonderer Bedeutung. Gerade für die Region Basel mit ihren starken politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verflechtungen über die Landesgrenzen hinaus sind diese Integrationsschritte lebenswichtig. Dies wurde in jüngster Zeit im Rahmen der Corona-Pandemie mehr als deutlich.

Zudem profitiert die Region entscheidend von der Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen am Oberrhein. Ohne eine Einigung mit der EU zu Horizon Europe und Erasmus+ werden potenzielle Retorsionsmassnahmen insbesondere die Grenzregionen treffen. Hier besteht die Gefahr, dass der erfolgreiche Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz auf dem Europäischen Kontinent isoliert wird. Entsprechend braucht es hier einen zukunftsfähigen und verlässlichen bilateralen Weg und Alternativen zum Rahmenabkommen.

Die Regio Basiliensis erachtet solche Verhandlungen als zwingend notwendig und appelliert an die Politik auf nationaler und regionaler Ebene, sich für Lösungen und Perspektiven einzusetzen, welche die Anliegen und Bedürfnisse der Grenzregion berücksichtigen.

Die Regio Basiliensis ist die Schweizer Partnerin für die Oberrhein-Kooperation und Kompetenzzentrum erster Wahl für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Behörden, Organisationen und die Bevölkerung und setzt sich mit Ihrer Expertise für die Stärkung der trinationalen Grenzregion ein. Zudem wirkt sie als gemeinsame Aussenstelle der fünf Nordwestschweizer Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.